

Sarkozys rasende Gegenoffensive

Nach 18 Stunden Verhör wehrt sich der Ex-Präsident bei TV-Auftritt

AUS PARIS
DANNY LEDER

Nicolas Sarkozy machte am Mittwoch seinem Spitznamen „Speedy-Sarko“ wieder volle Ehre. Obwohl er erst um zwei Uhr Früh insgesamt 18 Stunden Polizeigewahrsam und Verhöre überstanden hatte, meldete er sich gleich wieder im Abendjournal des TV-Senders TF1 in einem spektakulären Interview zurück.

Im Morgengrauen hatten U-Richter die Einleitung eines Vorverfahrens wegen „aktiver Korruption“ (mögliche Höchststrafe: 10 Jahre Haft) beschieden. Es geht um den Verdacht, Sarkozy habe mit Hilfe seines Privatanwalts, Thierry Herzog, einen Staatsanwalt, Gilbert Azibert, bestochen. Das Ziel: Einsicht in geheime Ermittlungsakten in der Affäre um illegale Zuwendungen der Milliardärin Liliane Bettencourt an Sarkozy. Das selbe Verfahren wurde auch gegen Anwalt Herzog und Staatsanwalt Azibert eröffnet.

Die Stoßrichtung des TV-Auftritts schien absehbar, nachdem Vertraute und Anwälte Tagsüber das Augenmerk auf eine der zuständigen U-Richterinnen gelenkt hatten. Diese war früher Vorsitzende einer linksgerichteten Juristengewerkschaft gewesen. Mehr bedurfte es nicht, um die Behauptung zu beflügeln, wonach Sarkozy einer „Hetzjagd“ linker Richter im Verbund mit der SP-Staatsführung um Francois Hollande ausgesetzt wäre – und das, zu einem Zeitpunkt, da der Ex-Präsident klar gemacht hatte, das er sich wieder ins politische Gefecht stürzen würde, um bei den Präsidentenwahlen 2017 sowohl Hollande als auch die aufsteigende Rechtspopulistin Marine Le Pen aus dem Feld zu schlagen.

Eine derartige Voruntersuchung, wie sie jetzt gegen Sarkozy eingeleitet wurde, kann sowohl in einem Prozess als auch in einer Annullierung des Verfahrens münden, es wird für gewöhnlich aber nicht ohne einschlägigen Verdachtsmaterials eröffnet. In diesem Fall handelt es sich vornehmlich um Abhörprotokolle, darunter eines Handy, das von Sarkozy unter einem Tarnnamen erstehen ließ, und das er bei Besprechungen mit seinem Anwalt Herzog benützte. Genau das aber ist der weitere Angriffspunkt der Kreise um Sarkozy: die Richter hätten durch das Abhören der Gespräche zwischen einem Anwalt und seinem Klienten den Prinzipien des Rechtsstaats zuwider gehandelt.

Diesbezüglich sind die Pariser Justizkreise tatsächlich gespalten. Auch Sarkozy-Kritiker äußerten Unbehagen. Andere erklären, dass die Abhörung des Anwalts sich legitimer Weise aus den vorhergehenden Ermittlungen ergeben habe, zumal klar geworden sei, dass Sarkozy ein getarntes Handy benützte und sich sein Gesprächspartner und mutmaßlicher Komplize in der besagten Bestechungsaffäre als sein Anwalt entpuppte.

Zyniker meinen, Sarkozy erleide nun genau die Methoden, die er als Staatschef angewendet habe: so ließ er Journalisten und weitere Personen, abhören, die in den zahlreichen, ihn belastenden Affären mit Enthüllungen aufwarteten.

Um nur ja keine Angriffsfläche für Komplott-Vorwürfe zu bieten, reagierte der sozialistische Staatschef Hollande betont ausgewogen: „Unschuldsvermutung und

Unabhängigkeit der Justiz seien gleichermaßen zu achten. Auffällig ist, dass in Sarkozys eigener, konservativer Partei UMP die Solidaritätsbezeugungen ziemlich verhalten bleiben und oft zweideutig klingen. So erklärte der angesehene Ex-Premier Alain Juppé, er hoffe, dass Sarkozy seine Unschuld nachweisen werde. Das mag damit zusammen hängen, dass die UMP derzeit an einer gewaltigen Schuldenlast leidet, die Sarkozy durch die gnadenlose Überschreitung der gesetzlich vorgeschriebenen Ausgabengrenze in seinem letzten Wahlkampf verursachte. Die Enthüllung dieses Tatbestands, von dem Sarkozy vorgibt, nichts gewusst zu haben, sorgt bei einem Teil der bürgerlichen Wähler für Überdruß.